

# die besonderen

BESONDERE DIENSTLEISTUNGEN

ver.di

AUSGABE 01|2007

FACHBEREICH 13 · BESONDERE DIENSTLEISTUNGEN · FACHBEREICH 13 · BESONDERE DIENSTLEISTUNGEN

## Ein Abschied und ein Beginn

Dorothea Müller gibt die Leitung des Fachbereich 13 ab – Petra Gerstenkorn ist für Nachfolge nominiert

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

da ich im Oktober dieses Jahres in die passive Phase der Altersteilzeit wechselte, werde ich auf dem anstehenden ver.di-Bundeskongress nicht mehr kandidieren.

Unsere Bundesfachbereichskonferenz Anfang Mai in Göttingen hat deshalb Kollegin Petra Gerstenkorn, eine engagierte und kompetente Kollegin, die derzeit den Fachbereich 5 – Bildung, Wissenschaft, Forschung – im Bundesvorstand vertritt, mit 95 Prozent für meine Nachfolge nominiert.

Ich gratuliere Petra Gerstenkorn zu diesem eindeutigen Votum und wünsche ihr viel Erfolg und Kraft in dieser wichtigen und anspruchsvollen Funktion.

Mittlerweile blickt ver.di – und damit auch der Fachbereich 13 – auf sechs Jahre intensive Aufbauarbeit zurück, die ich verantwortlich mitgestalten konnte. Der Bundesfachbereichsvorstand, die Fachgruppenvorstände, damals waren es noch sieben, mussten sich konstituieren und ihre Arbeit aufnehmen, und dem hauptamtlichen Personal mussten die Aufgaben neu zugeordnet werden. Bereits in diesen ersten Jahren wurden Nachjustierungen an Satzung und Fachbereichsstatuten notwendig, so die Änderung der Budgetierungsrichtlinie sowie die Reduzierung der sieben Fachgruppen auf drei. Kräfte, die in den vergangenen Jahren durch den Aufbau der Organisation gebunden wurden, können in den kom-

lienwirtschaft und Härtefallregelungen, etwa im Tourismus, ebenso die der Firmen- und Haustarifverhandlungen wie bei der FIS.

● In einigen Branchen unseres Fachbereichs steigt die Bedeutung von gelben Organisationen, die, von Arbeitgeberseite unterstützt, als Konkurrenzorganisationen gegen ver.di aufgebaut wurden und bestehende Tarifstandards unterbieten sollen. Beispiele sind hier die Zeitarbeit sowie das Wach- und Sicherheitsgewerbe. Auf Grund fehlender gewerkschaftlicher Organisations- und Durchsetzungsmacht konnten auch wir nicht in allen Branchen – vor allem nicht in Ost-Deutschland – auskömmliche Entgelte in Tarifverträgen durchsetzen. Dies war leider der Fall im Wach- und



Die neue Spitze: Petra Gerstenkorn (li.) und Claudia Wörmann-Adam FOTO: H. STAROSTA

INHALT 01 | 2007

### BAUSTELLEN

Was auf den Fachbereich 13 zukommt. Eine Zielbeschreibung von Claudia Wörmann-Adam.



SEITE 2

### FORDERUNGEN

Frank Bsirske prangert in seiner Rede die Gefahr der Altersarmut und den fehlenden Mindestlohn an.



SEITE 3

### FACHGRUPPEN

In Kürze: Das Wichtigste über die Konferenzen und die neuen Vorstände der Fachgruppen im FB 13



SEITE 4



Dorothea Müller, scheidende Leiterin des Fachbereich 13

FOTO: VER.DI

## Vom Schwinden der Tarifverträge

Sechs Jahre intensive Aufbauarbeit hat der Fachbereich 13 bewältigt.

Nun sind Kräfte frei, um die Arbeit für das Mitglied zu verstärken

menden Jahren nunmehr frei gemacht, gezielt für eine bessere und systematischere, auf die Mitgliederinteressen ausgerichtete Organisationsarbeit eingesetzt werden. Dies ist dringend erforderlich, da sich die Bedingungen für unsere Arbeit in den letzten Jahren rasant geändert haben:

● Unsere Flächentarife werden zunehmend durchlöchert, so im Friseurbereich, gleichzeitig steigt die Zahl der Öffnungsklauseln wie in der Immo-

bilienwirtschaft und Härtefallregelungen, etwa im Tourismus, ebenso die der Firmen- und Haustarifverhandlungen wie bei der FIS.

● In einigen Branchen unseres Fachbereichs steigt die Bedeutung von gelben Organisationen, die, von Arbeitgeberseite unterstützt, als Konkurrenzorganisationen gegen ver.di aufgebaut wurden und bestehende Tarifstandards unterbieten sollen. Beispiele sind hier die Zeitarbeit sowie das Wach- und Sicherheitsgewerbe. Auf Grund fehlender gewerkschaftlicher Organisations- und Durchsetzungsmacht konnten auch wir nicht in allen Branchen – vor allem nicht in Ost-Deutschland – auskömmliche Entgelte in Tarifverträgen durchsetzen. Dies war leider der Fall im Wach- und

Angesichts dieser Herausforderungen muss ver.di, insbesondere unser

Fachbereich, alle Kraft darauf richten, Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen. Die Organisation muss sich noch stärker auf die Mitgliederarbeit ausrichten als bisher. Die Betriebspräsenz, die gewerkschaftlichen Strukturen innerhalb der Betriebe sowie die Beratung und Begleitung von betrieblichen Interessenvertretungen müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Jede, jeder ist aufgerufen, an diesen Zielen mitzuarbeiten, um so die ta-

rif-, branchen- und betriebspolitische Durchsetzungs- und Gestaltungskraft von ver.di zu stärken.

Mein Dank gilt allen haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen für ihre unermüdliche und engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren und ich bedanke mich bei allen, die mich kollegial und solidarisch bei der gemeinsamen Arbeit unterstützt haben.

Eure Dorothea Müller

VON PETRA GERSTENKORN

Einheit in der Vielfalt herstellen – das ist nicht nur eine Herausforderung für ver.di insgesamt, das ist auch eine Herausforderung für den Fachbereich 13. Viel ist schon gelungen in den vergangenen sieben Jahren. Ein Wir-Gefühl ist entstanden, das auf der Bundesfachbereichskonferenz in Göttingen spürbar war. Gute haupt- und ehrenamtliche Kooperationen haben sich über alle Ebenen der Organisation gebildet. Es gibt Ansätze für Tarifkoordination und Betreuungsteams.

Und dennoch: Mitgliederverluste in einer Spannweite von zwei Prozent in Bayern bis zu 34 Prozent in Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen zeigen, dass es Defizite in der Mitgliederbindung gibt. Die Analyse von Stärken und Schwächen, von Unterschieden und Vergleichbarkeiten, das Lernen von- und miteinander sind

## Besondere Herausforderungen

Auf den Fachbereich 13 und ver.di insgesamt kommen immer vielfältigere Aufgaben zu. Neue Wege und Konzepte müssen Bestehendes ergänzen

noch zu verbessern.

Mitgliederansprache und -werbung zum Alltagshandeln zu machen, ist unsere zentrale gewerkschaftspolitische Herausforderung, die wir gleichrangig neben unseren tarifpolitischen Aufgaben und unserem gesellschaftspolitischen Auftrag erfüllen müssen. Unsere Mindestlohn-Kampagne und Tarifrunden bieten Ansätze für Gespräche und Werbung, ebenso wie betriebliche Konflikte.

Aber darüber hinaus gilt es neue Wege zu gehen. ver.di verfügt über unterschiedliche Konzepte zur Mitgliederentwicklung in den Fachbe-

reichs 13 wurde vom 1. Dezember 2004 bis zum 30. April 2005 eine fachbereichsbezogene Werbekampagne unter dem Motto „Jetzt geht's los“ initiiert und mit Erfolg durchgeführt.

### Die Quadratur des Kreises

Viele Mitglieder haben sich an diesem Projekt beteiligt und neue Mitglieder gewonnen. Geworben wurden im Rahmen dieses Projektes insgesamt 1.191 Mitglieder. Insbesondere in den Landesbezirksfachbereichen konnten Werberinnen und Werber erfolgreich motiviert werden, eigene zusätzliche Werbeaktionen

durchzuführen. Auch in der Wach- und Sicherheitsbranche, in der Touristik und in der Zeitarbeit wurden die Aktionen weitergeführt.

Diese Erfahrungen können wir für uns auswerten und nutzen. Mit geringeren finanziellen und personellen Ressourcen – weil sowohl die Sachals auch die Personalkosten an die Beitragseinnahmen gekoppelt sind – Bestehendes weiter zu entwickeln und Neues auszuprobieren, das ist wirklich eine besondere Herausforderung; fast schon die Quadratur des Kreises.

Darum also: Zirkel und Lineal gepackt und ans Werk.



Petra Gerstenkorn, künftige Leiterin FB 13

FOTO: VER.DI



# Mit neuer Kraft an die Arbeit!

Wo steht der Fachbereich 13 nach seiner Bundeskonferenz? Eine Wegbeschreibung der ehrenamtlichen Vorsitzenden

VON CLAUDIA WÖRMANN-ADAM

Die zweite ordentliche Bundeskonferenz unseres Fachbereichs in Göttingen hat es wieder gezeigt: Wir sind bunt, wir mischen uns ein, wir sind bei Bedarf aufmüppig, wir sind diskussionsfreudig, wir sind solidarisch, wir lassen uns nicht unterkriegen: Alles wichtige Eigenschaften und Voraussetzungen für die Arbeit und die Herausforderungen der nächsten vier Jahre!



Claudia Wörmann-Adam

FOTO: HANS STAROSTA

**Es gibt viel zu tun:**

● Wir wollen ein Kooperationsabkommen mit dem Fachbereich 5 auf den Weg bringen.

● Wir wollen erreichen, dass uns endlich die Mitglieder der dem Fachbereich 13 laut Satzung zugeordneten Branchen auch zugerechnet werden.

● Wir wollen erreichen, dass das Thema „Zeitarbeit“ in der Gesamtorganisation als Zukunftsthema gesehen wird und die Werbung und Betreuung dieser Zukunftsbranche nicht anderen Konkurrenzorganisationen überlassen wird.

● Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro in der Stunde durchgesetzt wird.

● Wir wollen mit unserer neuen Fachbereichsleiterin nach Wegen suchen, die Betreuung unserer Mitglieder auf allen Ebenen zu verbessern.

● Wir wollen in der Gesamtorganisation für die Themen unseres Fachbereiches sensibilisieren.

Dafür benötigen wir die Unterstützung aller aktiven Kolleginnen und Kollegen auf allen Ebenen von ver.di: Gebt uns Rückmeldungen, Anregungen, konstruktive Kritik, das ein oder andere Lob wäre auch nicht schlecht! Das Wichtigste aber ist, Kolleginnen und Kollegen: Bleibt aktiv, versucht neue Mitglieder zu gewinnen und – alte Mitglieder bei der Stange zu halten.



Der neue Bundesfachbereichsvorstand (von links):

Jörn Diers, Gabriele Landen (stellvertretende Vorsitzende), Christiane Sattler, Torsten Furgol, Angelika Bruns, dahinter: Hans-Peter Kilian, Monika Rösener, Christine Kunz, Heinrich Kuhlenhölter, Monika Röderstein-Langenu, Claudia Wörmann-Adam (Vorsitzende), Heinrich Breitbach (stellvertretender Vorsitzender), Petra Gerstenkorn (nominierte Bundesfachgruppenleiterin), Kristina Krüger, Irene Zimmermann (Frauenrat), Karolina Chatys (Jugend), Annemarie Dinse, Denise Pohlkötter (Jugend), Johanna Conrads, Lucia Thiele, Brigitte Graf, dahinter: Peter Heidemann. Nicht auf dem Foto sind: Gabriele Specht, Karl-Heinz Schünemann, Michael Pönipp, Angelika Böttcher und Manfred Voss

FOTO: HANS STAROSTA

## Der Globalisierung ein neues Gesicht geben

Auf die Unterstützung des Fachbereichs 13 durch die Union Network International weist Alke Bössiger in ihrem Grußwort hin

Alke Bössiger von der Union Network International (UNI) bat in ihrem Grußwort um Unterstützung und ein aktives Engagement für die Arbeit der UNI. Das heutige Europa und Deutschland könne nur mit einer starken globalen Gewerkschaft verändert werden. Und die Gewerkschaften stünden vor großen Herausforderungen.

Im Zeitalter der Globalisierung würden die nationalen Märkte aufgebrochen. Alles, was die Sektoren von ver.di betrifft, sei global – die Produkte, die Unternehmen, die Technologie. Und selbst die Arbeitsplätze würden nun ausgelagert. Jobs, ihre Bedingungen und die Arbeitsmethoden stünden auf dem Spiel. Die dunkle Seite der Globalisierung sei, dass die Jagd nach den billigsten Produktionsstätten, einschließlich Call Centern und Verarbeitungszentren und Spitzenjobs, zu einem Wettlauf nach unten führe. Die Globalisierung habe das Gleichgewicht zu Gunsten des Kapitals verschoben,

sagte Bössiger. Es könne aber nicht akzeptiert werden, dass der Gewinnanteil des erzeugten wirtschaftlichen Reichtums beispiellos hoch sei, während der Lohnanteil ständig sinke. Fazit: Der Globalisierung müsse ein neues Gesicht gegeben werden.

In diesem Zusammenhang ging Alke Bössiger auf die UNI-Europa-Konferenz in Athen unter dem Motto: „Gemeinsam sind wir stark“ ein. Sie habe den europäischen Mitgliedsgewerkschaften Gelegenheit gegeben, die Zukunftsvision für Europa zu definieren. Dazu gehöre das europäische Sozialmodell und eine neue Politik in Bezug auf Migration und Asyl, Mindestbesteuerung, geregelte Aus- und Weiterbildung, Tarifverhandlungen, Streikrecht und Mindeststandards für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

UNI-Europa beteilige sich an der europaweiten Diskussion um „flexicurity“, Flexibilität durch Sicherheit. Denn Flexibilität bedeute häufig prekäre Arbeit. Die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaften könne nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen gehen. Wenn im Sicherheitsgewerbe, im Call Center oder der Leiharbeit nur 700 Euro im Monat oder noch weniger verdient werde, dann sei eine weitere Flexibilität nicht möglich. Der stetige Aufstieg von „Private Equity“ drohe, ein soziales Europa zu ruinieren, welches Sozialleistungen und menschenwürdige Arbeit bedeute und Gewerkschaften in einen Dialog einbeziehe.

Das gewaltige Medienecho auf die gemeinsame Aktion von ver.di und UNI, die 50.000 Beschäftigten der Telekom vor Umstrukturierungen zu schützen, gebe der Gewerkschaft Recht: die Deutsche Telekom und Blackstone sei an ihrem wunden Punkt getroffen worden – dem Kapital. Gelernt wurde daraus: Die internationale Solidarität lebt. Und der Staffelposten der internationalen Solidarität werde weitgereicht: Ende Mai waren Europas Postangestellte auf dem Weg nach Berlin, um gemeinsam mit ver.dis UNI Postal Global Union Präsident gegen die endgültige Deregulierung der Postdienste zu protestieren.



Alke Bössiger

FOTO: HANS STAROSTA

Doch welche Aktivitäten entfaltet die UNI in den Sektoren, die zum Fachbereich 13 gehören? Für den Sektor **Friseur- und Kosmetikdienste** sei die Mitgliedergewinnung aus Sicht der UNI ein Thema von höchster Wichtigkeit, denn Friseur/innen und Kosmetiker/innen seien in vielen Ländern nur in sehr geringem Umfang organisiert. Der soziale Dialog für den Sektor in der Europäischen Union lege Schwerpunkte auf die Themen Gesundheitsschutz sowie Aus- und Weiterbildung. Zudem werde an einem System der internationalen Anerkennung von Friseurqualifikationen gearbeitet. Weiterhin hat ein mehrjähriges europäisches Projekt Kenntnisse über Gesundheit und Sicherheit im Arbeitsumfeld von Frisuren zusammengefasst. Das Material steht seit 2006 auf der Website der UNI-Europa – Stichwort Friseur- und Kosmetikdienste – in elf Sprachen zur Verfügung. Als nächstes stehe die Verabschiedung einer Richtlinie für den Umgang mit chemischen Produkten für Fachleute im Friseur- und Kosmetikgewerbe an.

Angesichts des extremen Wettbewerbs in der **Geldtransport- und Be-**

**wachungsindustrie** sei es in den letzten Jahren zu einer starken Konsolidierung gekommen, mit vielen Unternehmensfusionen, -umstrukturierungen und -pleiten.

Im privaten Sicherheitsgewerbe seien die Löhne in den meisten Ländern nach wie vor sehr niedrig, so auch die Mitgliederzahlen. Kampagnen zur Organisation von neuen Mitgliedern und zur Anhebung der Löhne, wie in Deutschland und Polen, seien deshalb enorm wichtig und würden von UNI unterstützt, etwa durch die Ausbildung von Gewerkschaftssekretär/innen im Bereich Mitgliedergewinnung.

Alke Bössiger betonte, sie wisse, dass bei ver.di Verärgerung über den Rückzug von Securitas und G4S aus dem Cash-in-Transit Geschäft bestehe und Probleme insbesondere mit Securitas in Bezug auf den Zugang zu den Beschäftigten bestünden. UNI werde genau dies am 20. Juni mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden von Securitas diskutieren. Denn wenn UNI schon ein globales Rahmenabkommen mit Securitas unterschrieben habe, dann wolle man es auch umgesetzt sehen.

Für den Bereich **Zeitarbeit/Leiharbeit** bestehe dringender Bedarf nach einer europäischen Gesetzgebung für Zeitarbeitsfirmen, da diese vom Geltungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen sind. UNI-Europa und seine Mitgliedsgewerkschaften werden im Rahmen des europäischen sozialen Dialogs an einer künftigen Regelung mitarbeiten. Viele Zeitarbeitsfirmen seien multinationale Unternehmen und fielen damit unter die EU-Richtlinie für Europäische Betriebsräte. Dies treffe zum Beispiel auf Adecco, Manpower, Randstad und Vedior zu. Derzeit hätten viele dieser Unternehmen zwar „Europäische Foren“ oder „Plattformen für den sozialen Dialog“ eingerichtet, doch diese funktionierten nicht angemessen. Die Arbeitnehmer der Unternehmen seien zwar vertreten, selten jedoch die Zeitarbeitnehmer. Zudem sei der Organisationsgrad ziemlich gering. Im März hatten UNI-Europa und die Arbeitgebervertretung Euro-CIETT eine gemein-

same Erklärung zum Thema Flexicurity verabschiedet.

Aufgabenfelder im **UNI-Tourismussektor** seien die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus sowie Unternehmensfusionen, wie von TUI und First Choice oder beim Aufkauf von Unternehmen durch Private Equity Funds, wie der Scandic Hotelkette.

Die erste weltweite **UNI-Call Center**-Konferenz habe am 24. und 25. Oktober 2005 im Rahmen des UNI-Aktionsmonats zur Organisation des Kundendienstes stattgefunden. Hier hätten die Teilnehmer/innen auch darüber diskutieren können, wie man am besten Mitglieder in einem Call Center gewinne. Im Oktober 2006 habe im Rahmen des jährlichen Aktionsmonats ein internationales Seminar zur Mitgliedergewinnung speziell für Gewerkschaftssekretär/innen und Betriebsrät/innen stattgefunden. Der Aktionsmonat im Oktober 2006 war dem Thema „Stress“ gewidmet. „Stopp the BOSS – Schluss mit dem BOSS (Burn-Out-Stress-Syndrom) hieß das Motto, unter dem UNI-Gewerkschaften aus der ganzen Welt Anti-Stress-Sets an Beschäftigte in Call Centern verteilt hätten. Auf der Aktionswebseite hätten sich Kolleginnen und Kollegen aus Call Centern weltweit vorgestellt und erklärt, warum es sich für sie lohne, in der Gewerkschaft organisiert zu sein.

Auch sprach Alke Bössiger über die ver.di-Mindestlohn-Kampagne. Gerade die Beschäftigten in den Sektoren des Fachbereich 13 hätten ein großes Interesse an der Einführung eines gesetzlichen und branchenübergreifenden Mindestlohns, denn für viele reiche das Gehalt leider nicht zum Leben, sagte Bössiger. Innerhalb von ver.di sei der Bereich Wartungs- und Sicherheitsdienste wohl der am schlechtesten bezahlte Bereich. Dabei sollte jeder, der arbeitet, auch gut davon leben können. Wenn bei der UNI von menschenwürdiger Arbeit, auf Englisch „decent work“, gesprochen werde, dann ist genau das gemeint. Und deshalb stehe UNI voll hinter der ver.di-Kampagne.

**ZUSAMMENFASSUNG: ULRIKE TESKE**

**IMPRESSUM**

Der **ver.di**-Report Die Besonderen Nr. 1, Juni/Juli 2007



**Herausgeber:**

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Fachbereich 13, Besondere Dienstleistungen, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, v. i. S. d. P.: Frank Bsirske, Dorothea Müller

**Verantwortliche**

**Redakteurinnen:** Uta von Schrenk, Ulrike Teske  
Internet: www.verdi.de

**Herstellung+Druck:**

apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

**Layout:**

apm AG (Sabrina Stamm)

**Titelfoto:**

Hans Starosta



# Die Altersarmut von morgen

Ob Lohnkürzungen bei der Telekom oder prekäre Jobs im Wachstumschutz – der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske fordert Löhne, von denen man leben kann. Beschäftigte im Fachbereich 13 sind häufig betroffen

VON ROBERT B. FISHMAN

Mit einer fundierten und engagierten Rede hat der Bundesvorsitzende Frank Bsirske die Delegierten der 2. Bundesfachbereichskonferenz „Besondere Dienstleistungen“ in Göttingen auf die ver.di-Standpunkte in der aktuellen politischen Diskussion eingeschworen. Unter dem Beifall der Delegierten forderte er die ver.di-Mitglieder zur Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Telekom auf, die sich gegen Lohnkürzungen und die Verlängerung der Arbeitszeit wehren. Arbeit dürfe nicht arm machen und müsse ein Leben in Würde ermöglichen. Deshalb fordere ver.di wie andere DGB-Gewerkschaften einen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde.

Deutschland sei das einzige Industrieland, in dem die Löhne nach Abzug der Inflationsrate in den letzten zehn Jahren gesunken seien. Gleichzeitig hätten die Deutschen ihr Gesamtvermögen nach Angaben der Bundesbank in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Jeder Haushalt habe durchschnittlich 70 000 Euro „auf der hohen Kante“. Bsirske gratulierte den Delegierten dazu: „Das habt ihr prima hinbekommen“, merkte er an und lieferte denen, die sich daraufhin fragten, wo sie denn dieses Geld finden würden, auch gleich eine Antwort:

Die Steuerpolitik dieser und der vorangegangenen Bundesregierung führe dazu, dass immer weniger Reiche immer reicher und immer mehr Arme immer ärmer würden. Bereits mit der rot-grünen Steuerreform von 2003 habe der Staat auf Einnahmen von mehr als 60 Milliarden Euro verzichtet. „Die Politik hat sich in die Krise hineingespargt, die Steuern gesenkt und die Stagnation auf dem Binnenmarkt verfestigt“, kritisierte Bsirske.

Weitere Steuersenkungen nannte er ein „Bereicherungsprogramm für Kapitalanleger“. Trotz des offiziellen Körperschaftsteuersatzes von 39 Prozent zahlten die deutschen Unternehmen schon jetzt nur 16 bis 18 Prozent ihrer Gewinne ans Finanzamt. „Das ist weniger als die slowakische Steuer-Fltrate von 18 Prozent“, sagte der ver.di-Bundesvorsitzende.

Gleichzeitig machten die Unternehmen nicht nur in der Metallindustrie hohe Gewinne. Der Versicherungskonzern Allianz verbuchte 2006 siebeneinhalb Milliarden Euro Gewinn und



Engagiert: Frank Bsirske bei seiner Rede auf der Bundesfachbereichskonferenz

FOTO: HANS STAROSTA

im ersten Quartal diesen Jahres 3,25 Milliarden.

Trotz und nicht wegen dieser Politik habe der Aufschwung inzwischen auch Deutschland erreicht. Nun müsse man ihn nutzen, um die Kaufkraft zu stärken. Immerhin vier Fünftel der Wirtschaftsleistung würden trotz der Exporte auf dem inländischen Markt erzeugt. „Der Aufschwung muss alle erreichen. Die Menschen brauchen mehr Geld in ihren Portmonees.“

Den Gewerkschaften stünden in diesem und im kommenden Jahr schwierige Lohnrunden bevor. Als Beispiel nannte Frank Bsirske den Streit um die Ausgliederung von fast einem Drittel der 160 000 Telekom-Beschäftigten in nicht an den Tarifvertrag gebundene Tochtergesellschaften. Neu angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Call Centern erhielten dann statt bisher 2440 nur noch 1230 Euro brutto im Monat – 40 Prozent weniger als jetzt.

„Viele Unternehmensvorstände verfolgen genau, was da passiert“, warnte der Bundesvorsitzende und verwies auf die privaten Postdienste. Während die Post AG neu Eingestellten 10,54 Euro und ein 13. Monatsgehalt zahle, weigere sich der zweitgrößte Anbieter Pin AG, der unter anderen den

Zeitungskonzernen WAZ, Holtzbrinck und Springer gehört, bislang noch, entsprechende Bedingungen tarifvertraglich abzusichern. Stattdessen stelle die Pin AG ihre Mitarbeiter fast nur befristet an. Zwei von drei Beschäftigten arbeiteten dort ohne Sozialversicherung. Dass es noch unsozialer gehe, beweise die Allgäu-Mail. Dort gäbe es vier Euro Grundlohn am Tag und für eine Vollzeitstelle mit allen Zuschlägen höchstens 800 Euro im Monat. Der Personalleiter der Süddeutschen Zeitung habe zugegeben, dass man „davon keine Familie ernähren kann“, nannte solche Löhne für private Zustelldienste jedoch „normal“ und habe dabei kein schlechtes Gewissen.

Inzwischen sei Deutschland das einzige westliche Industrieland, das keinen Mindestlohn festgelegt hat. Während in Frankreich ein Mindestlohn von 7,63 Euro gelte und in Luxemburg 8,63, habe Großbritannien den Mindestlohn „unter dem Beifall der Unternehmerverbände“ auf 8,11 Euro erhöht. Als 1999 der britische Mindestlohn eingeführt wurde, hätten die Unternehmen den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen angekündigt. Tatsächlich gebe es heute im Königreich 1,7 Millionen Jobs mehr als damals.

Die niedrigen Löhne heute programmierten die Altersarmut von morgen. Schon heute bekomme eine Floristin nach 43 Beitragsjahren nur 649,53 Euro Rente. Und eine 25-Jährige müsse bei einem Monatsgehalt von 2160 Euro 40 Jahre lang in die Rentenkasse einzahlen, um mehr als das heutige Arbeitslosengeld II zu bekommen.

Die Rente mit 67 nannte Frank Bsirske „ein Stück aus dem Tollhaus“ – nachdem sechzig Prozent der Betriebe keine Mitarbeiter über 55 mehr beschäftigten. „Da haben wir die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Wir müssen sie nur in Bewegung bringen“, machte Bsirske deutlich.

Um mehr junge Leute für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen, habe ver.di in den vergangenen Jahren trotz knapper Mittel fast achtzig Jugendsekretärinnen und -sekretäre eingestellt. „Einige Landesverbände wie Niedersachsen-Bremen haben auch dafür gesorgt, dass jeder Bezirk sein Jugendsekretariat hat“, mahnte der Bundesvorsitzende. Um zu vermeiden, dass die jungen Leute in andere Bereiche abwandern, stehe jetzt in den entsprechenden Verträgen, dass die Jugendsekretäre drei Jahre lang im Jugendbereich bleiben müssten.

## VER.DI-FRAUENARBEIT

### Aktuelle Herausforderungen

Die Bundesfachbereichsfrauenkonferenz wählte Irene Zimmermann in den Bundesfrauenrat und Christiane Sattler als Stellvertreterin.

Auch im Fachbereich wollen wir die ver.di Frauen- und Gleichstellungspolitik mit geschärftem Profil stärker wahrnehmbar machen und in den Zielen der Gesamtorganisation verankern. Wichtig hierfür: die Frauenarbeit in allen Fachbereichen zu ermöglichen, die Frauenarbeit von Fachbereichen und Ebene zu verknüpfen, die ver.di-Mindestfrauenquote, wie in der Gründungssatzung verankert, im ehren- und hauptamtlichen Bereich zu realisieren und die ver.di-Programmdiskussion mitzugestalten.

### Gleichstellung im Arbeitsleben

Obwohl Frauen in Deutschland durchschnittlich über die bessere Schulbildung verfügen – 66 Prozent der Hochschulabsolvent/innen sind weiblich –, werden sie weiterhin aus entwicklungsfähigen Berufen und hohen Hierarchieebenen ausgegrenzt. Die Betriebsräte sollen für ein Engagement hiergegen gewonnen werden. Das Elterngeldgesetz (BEEG) konnte endlich durchgesetzt werden, nicht zuletzt auf Druck der Gewerkschaftsfrauen. Das „ver.di-Netzwerk aktiv für Chancengleichheit im Betrieb“ hat bereits zahlreiche Unterstützerinnen. Die erste Fachtagung: November 2007.

### Gerechte Tarifverträge

Kerntätigkeitsfeld der Frauen- und Gleichstellungspolitik ist die ver.di-Tarifpolitik. Entgeltungleichheiten müssen beseitigt und Frauentätigkeiten aufgewertet werden. Das Ziel sind diskriminierungsfreie Tarifverträge. Dafür sind Kommissionsarbeit, Koordination mit anderen ver.di-Strukturen, frauentarifpolitische Foren und Öffentlichkeitsarbeit nötig.

### ver.di-Frauen für Mindestlohn

In vielen Branchen greifen Tarifverträge nicht (mehr) oder werden vom Arbeitgeber unterlaufen. Ein gesetzlicher Mindestlohn hilft Frauen, die in Dumping-Branchen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Daher thematisierte der ver.di-Flyer zum Internationalen Frauentag 2006 die 7,50 Euro-Forderung, ebenso der Internationale Frauentag 2007.

### Neue Arbeitsmarktpolitik

Frauen haben Anspruch auf eine eigenständige Existenzsicherung und Lebensführung. Doch die Arbeitsmarktpolitik der alten und neuen Bundesregierung geht in die entgegen gesetzte Richtung. Die ver.di-Frauen wehren sich gegen eine Arbeitsmarktpolitik, die eine Abkehr von der bisherigen Frauenförderung bedeutet! Die „Hartz-Gesetzgebung“ muss erneut auf den Prüfstand kommen. In den Arbeitsmarktgesetzen und -bestimmungen muss Chancengleichheit für Frauen und Männer verankert werden.

### Leben in Einklang

Privatleben und Erwerbswelt dürfen nicht länger getrennt betrachtet werden. Es ist Zeit für neue Konzepte zur Arbeitszeit, zur Kinderbetreuung, zur sozialrechtlichen und finanziellen Absicherung lebenslangen Lernens und zur geschlechtergerechten Beteiligung an Arbeit und Leben. Dabei muss auch die Strategie der Arbeitgeber, die Arbeitszeit zu verlängern, bekämpft werden, ebenso „Wochen ohne Ende“ – die Beschäftigten im Handel brauchen ihren freien Sonntag.

### Mitgliederbindung/-werbung

Beim Halt und der Werbung von Mitgliedern konzentrieren sich die ver.di-Frauen auf zielgruppenspezifische Angebote. Beispiele: Die Faltblätter des Bereiches, der Info-Brief „Im Blick“, das Projekt für Frauen in Führungspositionen (PfiFF) sowie das Mentoring-Programm. VERA MORGENSTERN  
[www.frauen.verdi.de](http://www.frauen.verdi.de)

## Ein Fachbereich mit Profil

Fünzig politische Anträge standen auf der Bundesfachbereichskonferenz zur Entscheidung an

Fünzig Anträge und Initiativanträge lagen der Bundesfachbereichskonferenz zur Entscheidung vor – mehr als doppelt so viele wie bei der letzten Konferenz.

Eine Vielzahl von Themengebieten war vertreten; von Gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Anträgen über Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik bis zu organisationspolitischen Fragen und Satzungsanträgen.

Der zahlenmäßige Schwerpunkt lag jedoch bei organisationspolitischen Anträgen, also Fragen wie: Mit wem kooperiert der Fachbereich? Oder: Wie werden die Arbeitsgrundlagen für den Fachbereich 13 in ver.di in den nächsten Jahren gesichert? Auch Fragen der Mitgliederzuordnung sowie der besonderen Unterstützung einzelner Branchen wie etwa Callcenter oder Zeitarbeit spielten eine Rolle.

Bei den gesellschaftspolitischen Anträgen stand die Frage nach einem gesetzlichen Mindestlohn im Vordergrund. Gefordert wird von den ver-

schiedenen Antragstellern hierbei nicht nur die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, sondern auch die Fortsetzung der Initiative durch ver.di so lange, bis die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns erreicht ist.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik fordert die Bundesfachbereichskonferenz die Abschaffung der „Ein-Euro-Jobs“. Die Hartz IV Reform habe, sagen die Antragsteller, nicht dazu geführt, dass Arbeitsplätze geschaffen wurden oder Ein-Euro-Jobber/innen in neue Arbeitsverhältnisse gekommen sind; vielmehr wurden eher reguläre Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs ersetzt.

In der Sozialpolitik lehnt die Konferenz die Rente mit 67 strikt ab und beantragt die Beibehaltung der Altersteilzeitregelungen auch nach 2009.

Mehrere Anträge fordern Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat auf, den Fachbereich 13 in seiner jetzigen Struktur zu erhalten und arbeitsfähig auszustatten – für viele der Konfe-

renzteilnehmer sicherlich eine Konsequenz aus den zum Teil konfliktträchtigen Diskussionen um Kooperation und Fusion der letzten Monate innerhalb von ver.di.

Trotz mancher schwierigen Diskussion im Vorfeld wurde ein Antrag zur Kooperation zwischen Fachbereich 13 und Fachbereich 5 (Bildung, Wissenschaft und Forschung) mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag schlägt gleichzeitig vor, die Kollegin Petra Gerstenkorn zur neuen Bundesfachbereichsleiterin zu wählen (siehe Seite 1).

In der Bildungspolitik beschloss die Bundesfachbereichskonferenz einen Antrag, der beinhaltet, dass Bildung für alle finanzierbar werden soll und alle zusätzlichen Belastungen zur Finanzierung von Bildungsleistungen verhindert werden sollen.

Da die Tarifpolitik im Fachbereich 13 aufgrund seiner Vielfältigkeit naturgemäß einen großen Spielraum einnimmt, gab es auch hier eine Reihe von Anträgen, deren Themenstellung über-

wiegend die Bereiche Wach- und Sicherheitsdienste und Zeitarbeit betreffen. Ein zusätzlicher Antrag setzt sich ein für weitere Arbeitszeitverkürzungen und die Verhinderung von tarifvertraglicher Verlängerung von Arbeitszeiten.

Bei den branchenbezogenen Anträgen wird für die Immobilienwirtschaft gefordert, dass auch zukünftig kommunale Wohnungsbestände in öffentlichem Eigentum verbleiben sollen und nicht an private Finanzinvestoren verkauft werden dürfen.

Die Antragsberatungskommission – bestehend aus Ellen Theuerwasser, Christiane Koberg und Karl-Heinz Schüнемann – hatte im Vorfeld der Konferenz die Anträge zu Themenkomplexen gebündelt und mit einer Beschlussempfehlung versehen. Bis auf wenige Ausnahmen folgten die Delegierten der Beschlussempfehlung, die überwiegende Zahl der Anträge wurde mit großer Mehrheit angenommen.

ROLF LEMM



# Spontanes Engagement

**Der neue Bundesfachgruppenvorstand Forschung, Kommunikation und Sachverständige, Verbände und Parteien, Dienstleistung für Unternehmen verurteilt den geplanten Tarifaufstieg der GEMA**

Ein über zwanzig Seiten langer Rechenschaftsbericht, der durch mehrere Wortbeiträge noch ergänzt wurde, war Grundlage für eine ausführliche Diskussion. 28 Delegierte und der amtierende Vorstand sowie der Bundesfachgruppenleiter, die LandesfachbereichsleiterInnen und weitere Gäste waren auf der Konferenz der Bundesfachgruppe Forschung, Kommunikation und Sachverständige, Verbände und Parteien, Dienstleistung für Unternehmen, kurz FokuS, anwesend.

Im einzelnen wurden die zahlreichen Aktivitäten der letzten gut zwei Jahre erläutert und insbesondere die Arbeit in den Branchenvorständen und Arbeitskreisen hervorgehoben. Darüber hinaus gab es einen Überblick über die vielfältigen Tarifverhandlungen in den Branchen und zu den einzelnen Haustarifverträgen. Zusätzlich wurde die Betreuungsarbeit bei Gesamt- und Konzernbetriebsräten dargestellt. In der grundsätzlichen gewerkschafts-

politischen Arbeit wurde über die internationale Arbeit berichtet und die Seminare mit Betriebsräten in Brüssel, zum Beispiel zu den Themen Europäische Betriebsräte oder zur EU-Dienstleistungsrichtlinie in den Jahren 2005 und 2006 berichtet – beides ein voller Erfolg.

**Personelle Weichenstellungen bis 2011**

Der Bundesfachgruppenvorstand diskutierte in einer Sitzung über das geplante neue ver.di-Grundsatzprogramm und setzte sich auf einer weiteren Sitzung mit den Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte bei der Beschäftigung von Zeitarbeitnehmern in Unternehmen auseinander. Des Weiteren wurde auf einer Sitzung die ver.di-Kampagne zu einem gesetzlichen und branchenübergreifenden Mindestlohn aufgegriffen und die geplanten Aktivitäten des Fachbereichs 13 aufgezeigt,

auf einer weiteren Sitzung stand der Atomkonsens und die aktuelle ver.di-Position dazu im Mittelpunkt der Beratung.

Vielfalt ist in der Fachgruppe FokuS also angesagt, egal ob es sich um Call Center, die Zeitarbeit, Parteien und Verbände, die Messen und Überwachungsorganisationen oder die Marktforschungsinstitute handelt. Zu all diesen Aktivitäten gab es zahlreiche Nachfragen der Delegierten und es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Bei den Wahlen hatte das bisherige Präsidium Strukturempfehlungen unterbreitet und personelle Vorschläge ausgearbeitet – weitere Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich spontan zur Wahl. Deshalb kam es zu mehrfachen Wahlhandlungen. Diese belegen, dass viele Kolleginnen und Kollegen zukünftig noch aktiver gewerkschaftlich mitarbeiten wollen als bisher.

Der Bundesfachgruppenvorstand setzt sich zukünftig aus 22 Kollegin-

nen und Kollegen zusammen, die oben genannten Branchen sind allesamt berücksichtigt, darüber hinaus auch die ver.di-Jugend (siehe Spalte).

**Einstimmige Resolution gegen Tarifaufstieg der GEMA**

In einer Resolution verurteilte die Bundesfachgruppenkonferenz das geplante Vorgehen der Verwertungsgesellschaft GEMA, aus den Tarifverträgen mit ver.di auszusteigen. Christian Hass, Delegierter und Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe in der GEMA Berlin, stellte die aktuelle Situation dar und verwies auf die bisherigen Aktionen: Etwa eine Unterschriftenaktion mit über 83-prozentiger Zustimmung der GEMA-Beschäftigten und den durchgeführten Warnstreiks Ende März. Die Bundesfachgruppenkonferenz forderte den GEMA-Vorstand einstimmig auf, an den Verhandlungstisch zurück zu kehren. **ULRICH BEIDERWIEDEN**

# Solide Tarifarbeit

**Den neuen Bundesfachgruppenvorstand Immobilien, Sicherheit, Facility erwartet eine Fülle von Aufgaben – etwa die Mindestlohnkampagne oder die Konsolidierung der Tarifarbeit im Immobiliensektor**

Die Bundesfachgruppenkonferenz Immobilien, Sicherheit, Facility (ISF) fand im Rahmen der Bundesfachbereichskonferenz des Fachbereichs 13, Besondere Dienstleistungen statt. Teilnehmer waren 22 Delegierte aus den Bereichen Sicherheitsdienst, Facility Management und Immobilienwirtschaft aus der gesamten Bundesrepublik. Als Gäste waren weitere Betriebsräte aus diesen Bereichen, der bisherige Bundesfachgruppenvorstand sowie eine Reihe Gewerkschaftssekretäre und Landesfachbereichsleiter aus dem Fachbereich 13 anwesend.

Im Mittelpunkt der Bundesfachbereichskonferenz standen die Wahlen zum neuen Bundesfachgruppenvorstand sowie die Nominierung der Kolleginnen und Kollegen, die die Fachgruppe ISF im Bundesfachbereichsvorstand vertreten (siehe Spalte).

Die konstituierende Sitzung des neuen Bundesfachgruppenvorstandes mit

der Wahl der beiden Sprecher fand am 31. Mai in Berlin statt (siehe Spalte).

Für die nächste Zeit hat der neue Bundesfachgruppenvorstand eine Fülle von branchen- und tarifpolitischen Fragen und Problemen zu diskutieren und zu bearbeiten.

In den nächsten Jahren wird der Schwerpunkt der Arbeit dieser Fachgruppe im Bereich der Immobilienwirtschaft auf der Konsolidierung der Tarifarbeit liegen. Dies bedeutet zum einen die tarifliche Regulierung einzelner Unternehmen – vor allem in den neuen Bundesländern. Dies geschieht über die seit vielen Jahren praktizierten Härtefall- und Öffnungsklauseln, damit auch zukünftig der Flächentarifvertrag insgesamt abgesichert werden kann. Zum anderen sollen punktuell tarifliche Lücken über Haus-Tarifverträge weiterhin geschlossen werden.

Die Branchenentwicklung der letzten Jahre ist neben der Leerstandsproblematik der neuen Bundesländer vor allem gekennzeichnet durch eine deutliche Zunahme der Aktivitäten von Finanzinvestoren auf dem bundesdeutschen Wohnungsmarkt. Diese Entwicklung wird vermutlich noch einige Jahre andauern und kann sowohl für Mieter als auch für Beschäftigte zu negativen Konsequenzen führen. Zwar sind bereits eine Reihe von Unternehmensverkäufen insbesondere auch im kommunalen Bereich vollzogen worden. Dennoch ist zumindest für einen mittelfristigen Zeitraum von zwei bis drei Jahren mit weiteren Verkäufen zu rechnen.

Im Bereich der Sicherheitsdienste wird auch weiterhin die Unterstützung der Mindestlohnkampagne eine wichtige Rolle spielen.

Weiterhin wird die Koordination der Tarifpolitik ein zentrales Diskussions-

thema auch für den neuen Bundesfachgruppenvorstand bleiben.

Die Herausgabe des neuen „Bewacherkalenders“ wird ebenso wie die neuen Ausgaben der „Sicherheitsnadel“ ein Arbeitsschwerpunkt.

In der Unternehmenspolitik für den Bereich Wach- und Sicherheitsbereich sind in den nächsten Jahren sowohl die Beratung von Konzern- und Gesamtbetriebsräten sicherzustellen, als auch die Wahl von Aufsichtsratsgremien zu begleiten.

Nicht zuletzt sind die internationalen Aspekte der ver.di-Arbeit wie Teilnahme an den Beratungen und Projekten im Rahmen des Sozialen Dialogs weiterzuführen.

Alles in allem wird sich der neu gewählte Bundesfachgruppenvorstand Immobilien, Sicherheit, Facility über Mangel an Beschäftigung sicher nicht beklagen müssen. **ROLF LEMM**

# Neue Phase erreicht

**Nach engagierten Diskussionen schafft die Bundesfachgruppenkonferenz Touristik Freizeit Wohlbefinden die Quotierung nach Altorganisationen ab und setzt die Frauenquote um**

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch die amtierende Vorsitzende Gabriele Landen wurde auf der Bundesfachgruppenkonferenz Touristik Freizeit Wohlbefinden (TFW) die vorgelegte Wahl- und Geschäftsordnung beschlossen, die nominierte Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, sowie die Antragsberatungskommission bestätigt. Ein umfangreicher Rechenschaftsbericht des scheidenden Bundesfachgruppenvorstandes und des Bundesfachgruppenleiters und der Leiterin bildeten die Grundlage für die sich anschließenden Diskussionen.

Breiten Raum nahm hierbei die Tarifpolitik in der Touristik und im Friseurhandwerk ein. Sehr deutlich wurde herausgearbeitet, dass die Flächentarifverträge zunehmend unter Druck geraten. Die Unternehmen suchen und finden immer neue Wege, um tarifliche Standards zu unterlaufen, sei es durch räumliche Verlagerung aus

dem Geltungsbereich von Tarifverträgen oder durch Austritt aus dem Arbeitgeberverband. Immer häufiger werden aber auch einzelne Aufgaben oder Tätigkeiten aus den Arbeitsabläufen von ansonsten tarifgebundenen Unternehmen herausgelöst und in den Bereich von Tarifverträgen mit niedrigem Einkommensniveau abgedrängt. Zunehmend werden die Beschäftigten schlicht erpresst, indem sie vor die Wahl gestellt werden, entweder der Unterschreitung tariflicher Standards zuzustimmen oder aber Beschäftigungsabbau oder die Verlagerung ganzer Betriebe hinnehmen zu müssen.

In diesem Zusammenhang kommt der Internationalisierung der Arbeit in der Zukunft eine ganz neue bedeutende Rolle zu. Europaweit agierende Unternehmen machen Beteiligungsrechte auf europäischer Ebene notwendig. Europäische Betriebsräte sind

dabei das derzeit wesentlichste Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dennoch reichen ihre Kompetenzen für eine wirkungsvolle Mitbestimmung noch nicht aus.

Wie eine solche Zusammenarbeit gemeinsam mit europäischen Schwestergewerkschaften praktiziert werden kann, wurde anlässlich der letzten Tarifrunde in der Touristik schon einmal geprobt. Die ver.di-Tarifkommission für die Touristik nutzte die Jahrestagung des Deutschen Reiseverbands (DRV) auf Mallorca für eine phantasievolle Aktion, um gemeinsam mit spanischen Gewerkschaften (USO und CC.OO), die Trommel für Arbeitnehmerinteressen zu schlagen. Die Konferenzteilnehmer konnten nochmals rückblickend anhand einer Power-Point-Präsentation diese erfolgreiche Aktion nachvollziehen.

Nach den engagierten inhaltlichen Diskussionen und der Aussprache über

die Rechenschaftsberichte wurde seitens der Konferenzteilnehmer ein Antrag auf Entlastung des Bundesfachgruppenvorstandes gestellt. Diesem Antrag folgten die Delegierten mit überwältigender Mehrheit.

Für die sich anschließenden Wahlen hatte das bisherige Präsidium Empfehlungen unterbreitet und auch personelle Vorschläge ausgearbeitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Quotierung nach Altorganisationen wurde überwunden und die Frauenquote ist auch umgesetzt. Mit dieser Konferenz beginnt eine neue Phase im Entwicklungsprozess der Fachgruppe TFW im Fachbereich 13. Zukünftig sind Kolleginnen und Kollegen aus dem Friseurgewerbe und Kosmetiksalons, den Reisebüros, von Reiseveranstaltern und der Touristikbranche, den Autovermietungen und der Bäder, Saunen sowie Solarien im Bundesfachgruppenvorstand vertreten. **HENRY SIEB**

## Der neue Bundesfachgruppenvorstand

**Ordentliche Mitglieder:**

Elke Meissner, Christiane Sattler, Angelika de Wille, Gerd Buddin, Jörn Diers, Kristina Krüger, Ute Popken, Ariane Hirth, Ercan Akbaba, Angelika Böttcher, Ulla Mack, Heike Pithan, Bernd Heller, Hans Zajdziuk, Claudia Wörmann-Adam, Ursula Balbach, Monika Röderstein-Langenau, Angela Stephan, Leopold Marschall, Heinrich Kuhlenthalter sowie Karolina Chatys (Jugendmandat).

**Stellvertretende Mitglieder:**

Ruth Meiss, Sigrid Kunkel, Angelika Bruns, Christian Koberg, Günter Dorsch, Susanne Pohl, David Erdmann, Christa Kokot, Marc Bachmann, Christian Szepan, Beate Voigt, Ines Peukert-Weise, Stefan Päsel, Klaus Depner, Hans Dietrich, Barbara Riedel sowie Heinrich Breitbach.

**Präsidium:**

Vorsitzender Jörn Diers, Stellvertreterin Angelika Böttcher. Zudem Claudia Wörmann-Adam und Heinrich Kuhlenthalter.

## Mitglieder des Bundesfachgruppenvorstandes

**Ordentliche Mitglieder:**

Andrea Wobig, Hartmut Hoffmann, Sylvia Kachel, Sabine Herbst, Gaby Specht, Brigitte Graf, Guido Lauer, Bernd Eberhard, Uwe Klenke, Axel Siehoff, Klaus Pomberger, Petra Krüger, Dieter Krüger, Joachim Bretz, Dieter Reinhardt

**Stellvertretende Mitglieder:**

Monika Rösener, Hans-Peter Kilian, Doris Bernhard, Christine Kunz, Nicole Rettig, Inge Kohl, Peter Metz, Clemens Petruschke, Bernd Rammelt, Peter Heidemann, Hans Dietrich, Ursel Regele, Torsten Furgol, Bernd Lohrum, Manfred Voss.

**Sprecher:**

Hartmut Hoffmann, Dieter Reinhardt

## Mitglieder des Bundesfachgruppenvorstandes

**Ordentliche Mitglieder:**

Michael Klotz, Gudrun Schuster, Michael Pönipp, Gabriele Landen, Markus Völkl, Regina Richter, Lucia Thiele, Kerstin Ecklebe, Doris Poeppel, Jörg Rau, Ellen Theuerwasser, Johanna Conrads, Annemarie Dinse, Bärbel Kritzmann, N.N. Hessen, Denise Pohlkötter (Jugendmandat).

**Stellvertretende Mitglieder:**

Niels Greulich, Rene Gilbert Ermery, Sabine Bauer, Gabriele Katelaan, Andrea Uhlig, N.N., Heike Brown, Gabriele Gillner, Holger Schmidt, Susanne Schomaker, Gisela Nini, Annette Cieslikowski, Sabine Kahle, Sigrid Klook, Julia Gärtner (Jugendmandat).

**Präsidium:**

Vorsitzende Gaby Landen, Stellvertreter/in Michael Pönipp und Doris Pöppel. Zudem Annemarie Dinse, Lucia Thiele und Julia Gärtner (Jugend).

## Deligierte der Fachgruppen zum ver.di-Bundeskongress im Oktober 2007

**Deligierte:**

Marion Wildenauer, Dieter Krüger, Angelika Bruns, Kristina Krüger, Monika Rösener, Petra Krüger, Heinrich Kuhlenthalter, Gabriele Landen, Claudia Wörmann-Adam, Christiane Sattler, Christian Hass, Christine Kunz, Sabine Zabel, Christa Kokot, Silvana Birkgit, Jürgen Richter, Bernd Lohrum, Ursula Balbach, Bernd Steuber, Annemarie Dinse, Angelika Böttcher, Heinrich Breitbach.

**Stellvertreter/innen:**

Kerstin Döpfert, Nicola Herbolzheimer, Peter Heidemann, Ingeborg Kohl, Ariane Hirth, Edith Herzig, Lucia Thiele, Barbara Riedel, Klaus Pomberger, Christian Szepan, Sylvia Kachel, Gabriele Brandt, Doris Glitz, Angelika de Wille, Michael Kraemer, Regina Frömer, Kathrin Petzold, N.N., Jutta Frantzen-Lotz, Monika Przibilla, Klaus-Peter Kaiser, Sabine Kahle, Roswitha Altmann, Markus Völkl.